

## Das Signal

# 50.000

## auf der Kundgebung „Aufstand für Frieden“

### Trotz

- einer breiten Hetzkampagne der Bundesregierung und zahlreicher Medien
- der Verleumdung der Kundgebung als rechtschaffen und demokratiefeindlich
- der Organisation einer von der Regierung gesteuerten staatlich organisierten Kundgebung für Waffenlieferungen

folgten am 25. Februar breiteste Schichten der Bevölkerung dem „Aufruf zum Frieden“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer

- **Stopp der Waffenlieferungen**
- **Sofort Waffenstillstand**
- **Für Diplomatie und Verhandlungen**

Alle Regionalzüge nach Berlin waren brechend voll. Der U- und S-Bahnhof am Brandenburger Tor musste zeitweise gesperrt werden, wie auch umliegende Straßen und Brücken. Innerhalb von zwei Wochen wurde die Kundgebung auf die Beine gestellt - ohne Organisationen wie Gewerkschaften oder Parteien.

Sahra Wagenknecht unter sehr großem Beifall:

**„Von jetzt an werden wir unsere Stimme so laut erheben, dass sie nicht mehr überhört werden kann“.**

Und später:

**„Wir sind hier, weil wir uns von der deutschen Regierung nicht vertreten fühlen“**

- nicht durch Baerbock, die aus Versehen so nebenbei Russland den Krieg erklärt,
- nicht von einem Kanzler Scholz, der erst immer zögert und dann vor den Kriegstrommlern einknickt,
- „Wir glauben Eure Lügen nicht mehr. Unsere Freiheit wird nicht in der Ukraine und nicht am Hindukusch verteidigt“.



24. Februar, 17 Uhr, Berlin, Brandenburger Tor:

## Eine laute Stimme für den Stopp des Krieges in der Ukraine

Ein Jahr nach Kriegsbeginn – am 24. Februar 2023 – versammelten sich etwa 500 Demonstrierende am Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor. Aufgerufen hatte die Friedenskoordination Berlin. Die Redner\*innen, die – aus verschiedenen Blickwinkeln heraus – den Krieg in der Ukraine, seine Vorgeschichte und seine Auswirkungen für die Menschen dort wie in Russland und auch in Deutschland behandelten, und den sofortigen Waffenstillstand forderten, erhielten einmütigen Beifall der Versammelten.



Am Ende der Kundgebung wurde zur Teilnahme an der Kundgebung „Aufstand für Frieden“ am 25.2. aufgerufen. Mit Sicherheit haben alle, denen es möglich war, daran teilgenommen.

### Ein aktiver Gewerkschafter erklärte:

„Nein zum 100 Milliarden Rüstungsprogramm für die Bundeswehr. (...) Rüstungshaushalte verlangen nicht nur **Lohnverzicht** – sie verlangen auch:

- ◆ Noch schärfere Spardiktate gegenüber Krankenhäusern, Schulen, Kitas;
- ◆ Kaputtsparen der Öffentlichen Daseinsvorsorge, Abbau des Sozialstaats;
- ◆ Und weitere Privatisierungen. (...)

**Der Kampf gegen den Krieg und der Kampf gegen den sozialen Krieg sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.**

In ganz Europa wächst eine Widerstandsbewegung heran

- ◆ gegen den Krieg,
- ◆ gegen die Rüstungshaushalte,
- ◆ gegen die Zerstörung des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, der Renten,
- ◆ gegen die Verteuerung des Lebens,
- ◆ gegen eine Gesellschaft, die der Jugend keine Zukunft zu bieten hat.

**Einen Ausweg** kann nur eine starke Friedensbewegung gemeinsam mit einer starken Bewegung der arbeitenden Bevölkerung in ganz Europa weisen.“

Von etablierten Parteien, massiv auch während und insbesondere in der Berichterstattung nach den Demonstrationen von den Medien unterstützt, wird eine wahre Hetzkampagne entfacht, dass die Initiative „Manifest für Frieden“ und die Kundgebung „Aufstand für Frieden“ offen sei für rechtsextreme Gruppen, Reichsbürger, AfD und Neonazis. Dagegen nimmt Sahra Wagenknecht immer wieder Stellung, wie auch auf der Kundgebung. In ihrem Newsletter vom 16.2. schreibt sie:

„Dass Rechtsextremisten, die in der Tradition eines Regimes stehen, das den schlimmsten Weltkrieg seit Menschheitsgedenken vom Zaun gebrochen hat, auf einer Friedensdemo nichts zu suchen haben, versteht sich von selbst“ und „dass nicht der Ruf nach Frieden, sondern die Unterstützung von Militarismus und Krieg seit ewigen Zeiten Kennzeichen rechter Politik ist.“  
„Mit dieser Debatte wird das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit untergraben.“

Veranstaltung am 4. März 2023, 14 Uhr

## Waffenstillstand sofort!

Nein zum Krieg!

Nein zum sozialen Krieg  
gegen das Volk!

Stopp der kriegstreibenden,  
sozialzerstörerischen und antidemokratischen  
Politik der Regierung Scholz

### Sprechen werden u.a.:

- Sevim Dagdelen, *MdB, Die Linke*
- Harri Grünberg, *Bundesvorstand aufstehen*
- Alexander King, *MdA, Die Linke, Erstunterzeichner des Aufrufs für eine populäre Linke*
- Uwe Hiks, *Bundesvorstand Naturfreunde*
- Peter Witt, *Vorsitzender des DGB-Kreisverbands Berlin Tempelhof-Schöneberg*
- Marcus Staiger, *Heizung, Brot & Frieden*
- Carla Boulboullé, *Redaktion „Soziale Politik & Demokratie“*
- Barbara Majd-Amin, *Friedenskoordination Berlin*
- Vertreter\*innen der französischen POI (Unabhängige Arbeiterpartei) und der LFI („Unbeugsames Frankreich“, Bewegung von Mélenchon)

## In ganz Europa wächst die Widerstandsbewegung

Zum Jahrestag des Kriegsbeginns fanden Kundgebungen gegen den Krieg statt. Zum Beispiel:

**4.000 Kolleg\*innen in London**, aufgerufen von der Koalition „Stop the War“.

**10.000 folgten dem Aufruf** der Docker in Genua; Demonstrationen fanden auch in anderen Städten Italiens statt.

**400 demonstrierten in Zürich.**

**In Spanien** fanden Demonstrationen in vielen Großstädten statt.

**In Belgien** riefen zahlreiche Organisationen zur Demonstration in Brüssel auf.

**Drängt sich nicht für alle Widerstandskräfte in Europa ihre Zusammenführung auf, z.B. durch die Einberufung eines Europäischen Treffens „Gegen den Krieg – für Waffenstillstand! Gegen den sozialen Krieg der Regierungen gegen die Völker“?**

**Eine Frage, die auf der Veranstaltung am 4. März zur Diskussion steht.**

**14 Uhr – 18 Uhr, KIEZRAUM auf dem Dragonerareal, Mehringdamm, 10963 Berlin**

### Informationen und Anmeldungen über (V.i.S.d.P.):

GotthardKrupp@t-online.de

Fax 030 31 31 662

Knesebeckstr.98;10623 Berlin